



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

**Diplomatische Aktenstücke zur Geschichte der
Entente politik der Vorkriegsjahre**

Siebert, Benno von

Berlin [u.a.], 1925

1913.

[urn:nbn:de:hbz:466:1-73546](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-73546)

Resultate geführt, als die sofort nach der Zusammenkunft in den Zeitungen veröffentlichte Mitteilung sehr geschickt abgefaßt ist und den hiesigen Zeitungen das nötige Material für ihre Artikel geliefert hat. Sehr wichtig war auch gerade zur Zeit der Kaiserzusammenkunft die Anwesenheit des Chefs unseres Generalstabes und unseres Admiralstabes in Paris, welcher Umstand einen deutlichen Beweis der Dauerhaftigkeit des russisch-französischen Bündnisses lieferte. . . .

Telegramm des russischen Botschafters in London Wendendorff an den russischen Außenminister Sazonow vom 15./28. Februar 1913. — Nr. 184.

Persönlich und sehr vertraulich. Cambon teilt mir mit, daß Bethmann Hollweg seinem Bruder in privater Weise gesagt hat, die Vermehrung der deutschen Armee habe keine aggressive Bedeutung, sei aber dadurch notwendig geworden, daß das plötzliche Entstehen von sehr bedeutenden Militärstaaten auf dem Balkan dazu geführt habe, daß Österreich, vom Bündnisstandpunkte aus, nicht mehr als derselbe wichtige Faktor wie bisher betrachtet werden könne.

Vertraulicher Bericht des russischen Botschafters in Berlin Swerbejew an den russischen Außenminister Sazonow vom 1./14. März 1913.

Mit Telegramm Nr. 37 hatte ich Ihnen über diejenigen außerordentlichen Geldopfer berichtet, welche die deutsche Regierung den privilegierten Klassen zur Verstärkung der deutschen Seeresmacht glaubt auferlegen zu müssen, ferner auch darüber, daß die geplante einmalige Besteuerung, die annähernd eine Milliarde Mark bringen soll, hier anscheinend keine ernste Unzufriedenheit hervorrufen wird.

Gestern hat der Ministerrat ein neues Gesetzprojekt über die Kriegsbedürfnisse und ihre Deckung gutgeheißen; an dem Ministerrat haben unter Vorsitz des Reichskanzlers sämtliche preußische Minister sowie die Finanzminister der Bundesstaaten teilgenommen; das Projekt gelangte sodann zur Begutachtung an entsprechende Kommissionen. Die Ergebnisse der Beurteilung sind bisher allerdings noch in strenges Geheimnis gehüllt.

Die „Kölnische Zeitung“ erklärt in einem offiziellen Telegramm aus Berlin die Unaufschiebbarkeit der außerordentlichen militärischen Maßregeln einerseits durch den Umstand, daß infolge des kriegerisch-nationalen Aufschwungs der slawischen Reiche sowie infolge der zeitweiligen Ausschaltung des politischen Einflusses der Türkei auf der Balkanhalbinsel das Kräfteverhältnis sich zugunsten des Slaventums verschoben hat, und — andererseits — durch die bedeutende numerische Verstärkung der französischen und russischen Armee. Das Gespenst oder noch eher das Auftauchen eines möglichen österreichisch-russischen Zusammenpralls hat in Rußland eine starke Bewegung zugunsten einer Verstärkung seiner militärischen Bereitschaft ausgelöst. Wenn auch die österreichisch-ungarische Armee nach wie vor volles Vertrauen verdient, so sind dafür Stärke und Macht ihrer möglichen Feinde erheblich gestiegen. In Anbetracht alles dessen ist die deutsche Regierung zu der Überzeugung gekommen, daß es ihrerseits ein unverzeihlicher Fehler wäre, nicht die ganze militärische Kraft auszunutzen, über welche sie verfügt, aber da sie in diesem Falle dem Beispiele Frankreichs folgt, so verlieren hierdurch die von der Regierung in Aussicht genommenen Heeresreformen jeden aggressiven Charakter.

Wie Euerer Exzellenz bekannt, wurde bisher in Deutschland zum tatsächlichen Heeresdienst nur ein gewisser Teil der hierzu aufgerufenen jungen Leute herangezogen, die übrigen in Höhe von 50—60 000 Mann wurden der sogenannten Ersatzreserve überwiesen, wo sie sogar nicht einmal ausgebildet wurden. Jetzt sieht die Regierung vor, ohne Ausnahme alle aufgerufenen jungen Leute zum tatsächlichen Dienst heranzuziehen, wodurch sich der Heeresbestand jährlich um 50—60 000 Mann erhöht und in zwei Jahren, bei der hiesigen zweijährigen aktiven Dienstzeit, um 100 000 oder 120 000.

In einer meiner freundschaftlichen und privaten Unterhaltungen mit dem Staatssekretär habe ich nebenbei die Frage der ungeheuren und anscheinend durch nichts erklärlichen militärischen Maßregeln berührt, zu deren Deckung ein Aufwand von Hunderten von Millionen erforderlich ist.

Zagow antwortete mir, daß die jährliche Heeresvermehrung um 50 000 Mann so teuer kommen wird, daß die gewöhnlichen,

wenngleich bedeutend erhöhten Haushaltsbeträge nicht reichen würden; daher sieht sich die Regierung — ob sie will oder nicht — gezwungen, zu einer einmaligen Besteuerung der vermögenden Bevölkerungsklassen zu greifen. Der Staatssekretär fügte hinzu, daß sich eine ähnliche Maßnahme nicht wiederholen könne. Die neuen jährlichen Kredite für die Heeresbedürfnisse werden nach Jagows Worten nur 200, aber nicht 250 Millionen erfordern.

Die Notwendigkeit der Auffüllung des Heeresbestandes begründet der Staatssekretär damit, daß die gegenwärtige numerische Stärke des französischen Heeres nur wenig hinter der des deutschen Heeres zurückbleibt, sowie mit der äußerst ungünstigen geographischen Lage Deutschlands, die es zwingt, seine westliche und östliche Grenze zu schützen.

Zu den Gründen, die die deutsche Regierung um die Verstärkung ihrer Kampfkraft besorgt sein lassen, muß man nach meiner Ansicht auch das hier ständig wachsende Mißtrauen gegen Österreich-Ungarn zählen, das seinerseits mit der Unterstützung, die man in Berlin seiner egoistischen Politik zuteil werden läßt, schwerlich völlig zufrieden sein mag. In diesem Gedankengang bin ich mit meinem französischen Kollegen einig, der gleichfalls zu der Überzeugung neigt, daß die Beziehungen zwischen Berlin und Wien mit jedem Tage kühler — ja man kann sogar sagen: gespannter werden.

In Frankreich steht man in Sachen der nationalen Verteidigung Deutschland sicherlich nicht nach; ohne aber von den Schwierigkeiten zu reden, mit denen dort die Einführung der dreijährigen Dienstzeit verknüpft war, wird eine weitere französische Heeresvermehrung mit Rücksicht auf den Menschenmangel unmöglich. Es steht außer Zweifel, daß die deutschen außerordentlichen militärischen Maßnahmen auch in Rußland einen ernstesten Widerhall finden werden, und zwar um so mehr, als doch bei uns das Argument des Menschenmangels zur Auffüllung unseres Heeres nicht gelten kann. Dabei erhebt sich unwillkürlich die Frage, welches die Lage Europas sein wird, das von Kopf bis zu Fuß mit einer Stahlrüstung gepanzert ist und das unter der unerträglichen Bürde der Kriegslasten stöhnt. Die Spannung wird, scheint's, solchen Umfang erreichen, daß zu guter Letzt der Krieg unvermeidlich wird. Aber wie schrecklich

in seinen Folgen der allgemeine Zusammenstoß auch sein würde, so würden nach meiner Ansicht alle Vorteile auf unserer Seite sein, besonders unter der Bedingung, daß der Bund der Balkanmächte nicht nur die gegenwärtige Krisis überlebt, sondern noch fester wird im Bewußtsein der Bedeutung, welche er in der Frage des europäischen Gleichgewichts erlangen würde, und im Bewußtsein der Kraft, welche er dem Angriff Österreich-Ungarns gegenüberstellen könnte. Und wenn es uns gelänge, Rumänien zum Anschluß an das Bündnis zu bringen, so würde das Übergewicht des Dreiverbandes über den Dreibund noch offensichtlicher werden.

Man darf nicht die Erbitterung übersehen, mit der viele deutsche Preßorgane jetzt auf Frankreich als den Schuldigen an den künftigen kriegerischen Verwickelungen hinweisen. Frankreichs neue Rüstungen werden aus seinem Haß gegen Deutschland und der mit neuer Kraft erwachten Revancheidee abgeleitet. Gewisse Zeitungen beschuldigen auch Rußland aggressiver Absichten gegen Deutschland, aber die Regierung, die all diesen Ausfällen völlig fernsteht, verurteilt sie streng in einem in der gestrigen „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ veröffentlichten hochoffiziösen Artikel, der im Ausschmitt beiliegt.

Indem ich auf die deutscherseits geplante einmalige Besteuerung der besitzenden Klassen für Heeresbedürfnisse zurückkomme, werde ich kaum fehlgehen, wenn ich sage, daß diese Art einmaliger Abgabe sich sehr nachteilig in der ganzen wirtschaftlichen und finanziellen Lage des Landes widerspiegeln wird. Die Entziehung einer Milliarde aus dem Nationalvermögen kann bei der gedrängten Lage des Geldmarktes leicht zu einer Störung des regelmäßigen Ganges des deutschen Wirtschaftslebens führen.

Auszug aus einem ganz vertraulichen Berichte des russischen Botschafters in Berlin Swerbejew an den russischen Außenminister Sazonow vom 27. Februar/12. März 1914.

.....
Nach mir aus ganz vertraulicher Quelle zugegangenen Nachrichten löst die wachsende militärische Kraft Rußlands in Berlin immer ernstere Befürchtungen aus. Nach der Ansicht